

# Der Gewerksverein.

## Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine und des Deutschen Arbeiterbundes.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exemplaren unterzeichnet überbleibt an den Herausgeber (Dr. Max Hirsch, Eichbühlstraße 9) tritt der ermäßigte Preis von 6 Mgr. = 24 Kr. pro Exemplar, welche franco eingehenden Sub.

Nr. 22.

Berlin, den 29. Mai 1870.

Zweiter Jahrgang.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Monats-Abonnement auf den „Gewerksverein“ und wird dringend ersucht, die Abonnements-Gelder praenumerando einzusenden.

### Die Gewerksvereine und die Politik.

Sollen die Gewerksvereine Politik treiben oder nicht? Diese inhaltsschwere Frage ist in manchen Orts- und Gewerksvereinen schon hervorgetreten, und bei dem Herannahen der Wahlen zum Reichstage und zum preussischen Abgeordnetenhaus wird sie überall mehr und mehr sich geltend machen. Wir selbst haben fast in jeder Nummer den maßgebenden Einfluß der politischen Vorgänge auch auf die speziellen Arbeiterverhältnisse, ja auf die nächsten Anliegen der Gewerksvereine betont — wie wäre es möglich, jene Frage kühl von uns zurückzuweisen?

Nach heute sieht man die Socialisten in Schriften und Reden unserer Partei den Vorwurf entgegennehmen, daß sie den engen Zusammenhang zwischen Politik und socialer Frage nicht anerkennen, ja daß sie die Arbeiter von der Politik fern zu halten suche. Es ist dies nur eins von den vielen Schlagwörtern, die sich gleich Verfeinerungen unverändert aus früheren Zeiten erhalten haben, und dennoch in gewissen Kreisen noch immer ihre Dienste thun. Wer aber Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der müßte längst inne geworden sein, daß unsere Partei, ihrem ganzen Wesen nach fortschreitend, sich besonders in den letzten Jahren auch innerlich wunderbar entwickelt hat. Das ist gerade das Zeichen einer gesunden, zukunftsfähigen Richtung, daß sie nicht auf dem ursprünglichen Boden starr und bewegungslos verharret, sondern ihr eigenes Prinzip entfaltet, ohne selbst die Wahrheiten der Gegner zu verschmähen.

Ja, es gab eine Zeit, wo die Anhänger der Selbsthilfe zum großen Theil in den engsten Bestrebungen der Bildungs-, Voransch- und Konsumvereine befangen waren und kaum eine Ahnung hatten von dem weiten Gebiete des Strebens und Ringens, das sich jenseit ihrer Sirkel unabsehbar ausbreitete. Wer von uns erinnert sich nicht der Arbeiter-Bildungsvereine, in denen die bloße Erwähnung der socialen Frage, geschweige denn das Eingehen in die Politik, als Kezerei verdammt wurde? Diese Beschränkung war vielleicht für den Anfang wohlthätig, indem sie die jungen Institute vor Zerfahrenheit und Parteilebenshaft bewahrte; aber ebenso nothwendig mußte mit der Zeit ein Rückschlag eintreten, eine entgegengesetzte Strömung von gleicher Einseitigkeit: es war der Lassalleanismus! Die leidenschaftliche Natur eines Lassalle hatte keinen Sinn für die langsame, stille Entwicklung in den bisherigen Vereinen; sein Feld war der stürmische Kampfplatz der Politik, und auf diesen ludte er die deutschen Arbeiter als eine gewaltige Armee unter seinem Kommando hinauszuführen. Lassalle beging einen

doppelten Fehler: er verlegte die ganze sociale Frage in die Politik, und die ganze Politik in die sociale Frage. Sein kühner Versuch mußte mißlingen; der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“, bestimmt, all die Hunderttausende deutscher Arbeiter zu umfassen, blieb auf einige Tausende beschränkt, ja er gerieth nach des Gründers frühzeitigem Tode durch die Unfähigkeit seiner Nachfolger in die bekannten „Knieen“, die sich unter einander auf Bitterste befiedelten.

Aber die mächtige Anregung war deshalb für das Allgemeine keineswegs verloren. Mitten im Kampf gegen die Verleher des Lassalleanismus erkannte die Partei der Selbsthilfe mehr und mehr die Wahrheit des Satzes: daß die Arbeiterfrage ohne Politik nicht zu lösen ist. Wie in anderen Punkten, so hat unsere Partei auch hierin das Richtige des Socialismus sich angeeignet, und damit die Lassalleaner innerlich überwunden. Was früher die schwachen Seiten für die gegnerischen Angriffe bildete: die Abwendung von den großen politischen Fragen, die Vertuschung der vorhandenen Widersprüche in der Lage der Lohnarbeiter und die Fahndheit in den Besserungs-Versuchen — alles dies existirt nicht mehr. Dank vor Allem den Gewerksvereinen. Sie haben frisches Leben, höhere Thattkraft in die Arbeiterbewegung gebracht, für sie ist es keine Frage mehr, sondern Grundlag, daß jeder Arbeiter, welcher dieses Namens würdig sein will, ein eifriger, fester Politiker sein muß!

Draußen wir hinzuweisen auf all die Hindernisse, welche die Gesetzgebung noch zu beseitigen, auf all die Ungerechtigkeiten, welche sie hinwegzuräumen, auf all die Forderungen und Schutzmaßregeln, welche sie zu gewähren hat, nicht etwa, um den Arbeiter auf Staatskosten zu füttern, nein, um ihm nur die wahre Selbsthilfe zu ermöglichen! Da ist die Volksschule mit ihrer unendlichen Wichtigkeit für das Emporstreigen der Arbeiterklasse — da ist die furchtbar drückende und höchst ungerecht vertheilte Steuerlast — da ist die verderbliche dreijährige Dienstzeit im Heere für den Unbemittelten, während der Bemittelte auch jetzt schon nur ein Jahr, und wie viel leichter! zu dienen braucht — da ist die Stempelsteuer und Sautionspflicht der Zeitungen, welche dem Arbeiter die geistige Nahrung verkümmern, wie die Wahl- und Schlachtsteuer, die Salzsteuer, der erhöhte Kaffeegoll die leibliche — da ist die politische Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts — die Verkürzung des allgemeinen Wahlrechts durch die Diätenlosigkeit des Reichstages, durch das Dreiklassen-system für den Landtag, durch die Wahlabschlüßung der Unbemittelten in den Gemeinden — da ist, was uns schon so oft beschäftigt hat, der Mißbrauch der Straf- und Militairarbeit, der Mangel an Schutz für Leben und Gesundheit, die Mangelregelung der Gewerksvereine und die faktische Aufrechterhaltung des Wehrdienstzwangs zu den schlechtesten Unterstufungsklassen — da ist endlich und vor allen Dingen, in Folge des herrschenden Militair-Systems die beständig drohende Kriegsgefahr, welche gleich einem Alp auf dem Gewerksfleiß des Landes, und damit auf den Existenzmitteln der Arbeiter lastet. Alles Fragen der Politik, Alles Gegenstände, um die es sich bei den Wahlen handelt — und der Arbeiter sollte nicht mit aller Hingebung Politik treiben?

Aber noch mehr. Der Arbeiter unserer Partei fühlt sich nicht bloß als Arbeiter, sondern in erster und höherer Linie als Mensch und Staatsbürger, als einen Theil der großen Menschheits-Familie, deren Gebrüder oder Dahinsiehenden alle ihre Glieder, wess Standes sie auch seien, aufs Lieffte berührt. Das stolze, schöne Wort des Cicero: Nichts Menschliches erachte ich mir fremd! es ist auch der Wahrspruch des modernen Arbeiters, der sich durch die socialdemokratische Redensart: er habe nur Klassen-Interessen zu verfechten, sein Erstgeburtrecht als Vollmessen nicht nehmen lassen wird. All die großen Freiheits- und Cultur-Aufgaben der Nation, auch wenn sie kein besonderes Arbeiter-Interesse berühren, verdienen und finden in unierten Arbeiterkreisen die lebhafteste Theilnahme. Um dies über allen Zweifel zu erheben, braucht nur der Name Waldeck genannt zu werden. Waldeck war kein Mann der speziellen Arbeiter-Interessen, am wenigsten im socialistischen Sinne, er war der Mann des ganzen Volks, und die Zehntausende von Berliner Arbeitern, die ihm die letzte Ehre erwiesen, bezeugten damit, daß sie nicht als Klasse, sondern als lebendige Glieder der Gesamtheit gelten wollten.

Es ist ein trauriger Rest unserer jahrhundertlangen Verrottung, daß noch heute unterschieden wird zwischen Mannheit und Politik. In Wirklichkeit ist beides untrennbar. Erst im Staate findet der Mann seine Vollendung, und als Solon seinen Athenen das bekannte Gesetz gab, daß jeder Bürger politisch Partei zu nehmen habe, da stellte er eine Norm auf für alle freien Völker. Was bei uns das Gesetz nicht vorschreibt, wenigstens die Arbeiter werden es sich selbst zum Gesetz machen.

Also der Arbeiter darf nicht nur, er muß Politik treiben. Folgt aber daraus, wie so manches eifrige Mitglied meint, daß die Gewerksvereine als solche Politik treiben müssen?

Erstirte für den Arbeiter keine andere Möglichkeit zur Politik als der Gewerksverein, so wäre die Frage unbedingt zu bejahen. Allein dies ist nicht der Fall. Nichts hindert unsere Arbeiter an der Theilnahme bei politischen Vereinen und Versammlungen; und wo solche nach ihrem Sinne sich nicht finden, da mögen sie dieselben gründen oder anregen. Denn gegen die Politik der Gewerksvereine als solcher sprechen die allertriftigsten Gründe. Das Prinzip der Arbeitstheilung findet auch hierauf volle Anwendung. Ein Verein kann unmöglich alle Lebenssphären zugleich betriebligen; will man zu Vieles, so erreicht man in der Regel gar nichts. So wenig ein Gewerksverein zugleich Consumverein, oder freireligiöser Verein sein kann, selbst wenn alle Mitglieder damit harmoniren, ebenso wenig eignet sich die ganze Organisation und Tendenz der Gewerksvereine für das Betreiben der eigentlichen Politik. Wie wahr dies ist, hat Karl Marx, im vorigen Jahre vor seinen Parteigenossen in Hannover offen bekundet. Er warnte eindringlich vor dem Vermischen der Politik mit den Gewerksvereinen, und dies Zeugniß ist um so gewichtiger, als bekanntlich die eigenen Parteigenossen von Marx in Deutschland das gerade Gegentheil bezweckten.

\*) Dies gilt nur von dem Gros der Anhänger, nicht von den Führern, am wenigsten von Schülze-Dehlig, welcher von Anfang an neben der umfassendsten gesellschaftlichen Selbsthilfe die Mitwirkung des Staates, insbesondere zur Beseitigung aller Hindernisse, in Anspruch nahm.

Man erwäge nur noch das Eine, daß die politischen Ämter und die Gewerksvereine mit ihren praktischen Zwecken sich keineswegs decken. Während über die nationale Frage, über Verfassungsformen, über äußere Politik auch unter den deutschen Arbeitern große Meinungsverschiedenheit herrscht, ist das Interesse für Besserung der Arbeitsverhältnisse Allen gemeinsam. Das Herdrängen der Politik würde nur das sonst harmonische stören und auflösen, während doch gerade Alles für die Erhaltung der Einigkeit unter den Berufsgegnossen spricht. So mancher tüchtige Vorkämpfer, Sekretär oder Kassierer müßte zurücktreten, und zwar zum größten Schaden des Vereins, wenn das politische Glaubensbekenntnis oder die politische Begabung auf die Waagschale gelegt würde. Dazu kommt noch die naturgemäße Organisation der Gewerksvereine nach Berufszweigen. Dies wäre offenbar die letzte Organisations-Grundlage für politische Zwecke. Die Vöthne, Arbeitsbedingungen, Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse richten sich großentheils nach den Beschäftigungen; aber was in aller Welt hat der Unterschied zwischen Zimmermann, Maschinenbauer, Tischler u. m. mit den eigentlich politischen Fragen und Agitationen zu thun?

Endlich wollen wir doch nicht die Rechnung ohne den Wirth machen — und der Wirth ist in diesem Falle der Staat mit seinem leider noch in voller Kraft bestehenden Vereinsgesetz. Das preussische Vereinsgesetz (und fast alle übrigen ebenso) stellt die Vereine, welche Politik treiben, nicht nur unter eine sehr lästige Kontrolle, sondern verbietet auch jegliche Verbindung solcher Vereine unter einander. Damit wäre also unsere ganze nationale Organisation mit selbstständigen Ortsvereinen ungelegelt. Wir glauben kaum, daß selbst die eifrigsten Politiker unsere Organisation zum Opfer bringen möchten.

Ist damit gesagt, daß die Gewerksvereine ohne Einfluß und weitreichenden Nutzen für die politischen Angelegenheiten seien? Keineswegs! Wir hoffen in unserem folgenden Artikel klar nachzuweisen, daß die Gewerksvereine, ohne direkte Beschäftigung mit der Politik, dennoch ein unentbehrliches Fundament bilden für den erkohnten Aufbau des demokratischen Staates!

### Wochenchau.

(Wiedereinführung der Todesstrafe durch den Reichstag. — Resolution des Berliner Arbeitervereins. — Schlag des Reichstags. — Die Ehrlichen der „Ehrlichen“.)

Wir müssen uns diesmal in unserer Wochen-Uebersicht sehr kurz fassen, da der Raum zu weiteren Ausführungen mangelt.

Das Unglaubliche ist geschehen, so begannen wir diesen Theil des Blattes vor vierzehn Tagen, um die Annahme der Kassejoll-Erhöhung durch das Zoll-Parlament zu franzusetzen. Aber der Reichstag hat das Zoll-Parlament noch weit überboten. Bei der Schlußberatung über das Strafgesetzbuch hat diese „Vertretung des Norddeutschen Volkes“ sämtliche Vorarbeiten des Bundesraths, d. h. der preussischen Regierung entgegen den eigenen Majoritäts-Beschlüssen, pünktlich befolgt; die Todesstrafe, unter dem Beifall der ganzen gebildeten Menschheit am 1. März mit namhafter Majorität verworfen, wurde am 23. Mai mit 127 gegen 119 Stimmen wieder eingeführt, und zwar nicht allein für Mord, sondern auch für bloßen Mordverdacht, wenn derselbe gegen Bundesoberhaupt und Bundesherren gerichtet — also für ein politisches Verbrechen.

Als wir den früheren Beschluß des Reichstages als „einen Markstein auf der Bahn der Civilisation“ bezeichneten, fügten wir mahmend hinzu: „Es scheint uns unmöglich, daß ein solcher Beschluß bei der dritten Lesung auf Änderungen des Bundesraths rückgängig gemacht werden könnte; in einer so prinzipiellen Frage kann man doch Ueberzeugungen nicht wie Kleider wechseln!“ Am 23. Mai haben 15 Reichstags-abgeordnete, die am 1. März aus Ueberzeugung gegen die Todesstrafe gestimmt, diesen Beschluß umstossen helfen; ihre Namen sind: Bähr, v. Bernuth, Graf Bichsel, Huc, Dr. Hans Blum (Sohn des auf der Brüggenau ständrechtlich erhoffenen Freiheitshelden Robert Blum!), Braun (Dersfeld), v. Bülow, Bürgers, Conrad, Dr. Erdmann, Geit, Hofius, Meier (Bremer), Prosch, v. Puffamer (Fraustadt), Herzog von Ratibor, Graf Schaßgottsch, Graf Schwerin, Combart, Wagemer (Altenburg), Wehrenpennig. Der größte

Theil National-Liberale! Das Volk wird sich diese Namen merken.

Der Eindruck, den dieser beklagenswerthe Beschluß auf die Arbeiter der Hauptstadt gemacht hat, wird durch die am gleichen Tage gefaßte Resolution des Berliner Arbeitervereins in energischer Weise wiedergegeben. (Siehe Bericht.) Wir haben dem nur die Erwartung hinzuzufügen, daß alle Arbeiter des Norddeutschen Bundes bei den nächsten Wahlen dieser Genugthuung gemäß ihre Stimme abgeben mögen!

Alle übrigen Beschlüsse des Reichstages, worunter auch manche anerkennenswerthe (z. B. in Betreff der Prämien-Anleihen), treten vollständig zurück gegen die Verleugnung der Humanität und eigenen Ueberzeugung bei der Todesstrafe. Dieser „erste ordentliche“ Reichstag ist am 26. Mai mit allerhöchster Anerkennung geschlossen worden. Möchte der zweite ordentliche Reichstag die Anerkennung derer finden, denen er allein verantwortlich ist — seiner Wähler! —

Wir haben bisher die sogenannten „Internationalen“ oder „ehrliehen Sozial-Demokraten“ abschließend geschont, müssen aber jetzt offen gegen diese Sekte auftreten, um ihr Fischen im Trüben gebührend zu kennzeichnen. Seine edlen Herren, Bebel und Liebknecht an der Spitze, haben bekanntlich mit ihren Gewerksvereins-Agitationen in der deutschen Arbeiterwelt ein glänzendes Fiasko erlebt. Fast überall, wohin sie mit ihren (von den unfrigen fast wörtlich abgezeichneten) Muster-Statuten kamen und wo sie sich mit ihren weltumfützenden Phrasen einbürgern wollten, dasselbe Bild: Sie regen die Arbeiter durch Schilderungen einer herrlichen Zukunft augenblicklich auf — am folgenden Tage, nachdem sich der Mann die Sache beschafien hat, schüttelt er bedenklich seinen Kopf und am dritten Tage ist der stüchtige Raufsch verlossen und hat vernünftigen Gedanken Platz gemacht. So ist es denn gekommen, daß alle Bemühungen im Norden wie im Süden Deutschlands meist fruchtlos ausfahlen, und fast nur in einigen Theilen des Königreichs Sachsen einige nicht eben starke Vereine auf diesen Prinzipien bestehen, die sich nur dadurch erhalten, daß die Parteiführer das Feuer fortwährend schüren. Jetzt nun haben diese „Ehrlichen“ ein neues Verfahren begonnen, das ein großes Licht auf ihre Ehrlichkeit wirft: Sie haben wohl eingesehen, daß sie selbst nicht im Stande sind, Vereine ins Leben zu rufen und die Arbeiter zu organisiren, deshalb folgen sie, den Hyänen gleich, die den Leichen nachgehen, solchen Vereinen, deren Bestehen durch Arbeitsinsetlungen bedroht wird, suchen dort Haß und Zwietracht zu erregen und haben in nicht wenig Fällen dazu beigetragen, daß die Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber schmächtig unterlegen sind. Wir erinnern an Walenburg, statt dort thatkräftig zu unterstützen und zur Einheit zu mahnen, predigten sie ihr Evangelium und vermehrten die Verwirrung. (Siehe Gewerksvereins-Theil unter Altkwafer.)

So haben sie auch in Forst jetzt ihre Fingergabe ausgehoben, und weder Zug noch Zug geschont, um dort Boken zu gewinnen. Zur Charakterisirung dieser „Ehrlichen“ sei hier nur ein Fall aus Forst erwähnt, der ihr ganzes Gebahren hinlänglich bezeugt. No. 40 des „Volksstaat“ bringt unter der Ueberschrift „Zum Forster Strike“ unmittelbar hinter einander zwei Briefe aus Forst, von denen der erste ohne Unterschrift, und der zweite mit der Unterschrift „Kohde, Distriktssekretär“ versehen ist, so daß Jeder den Eindruck empfangen muß, beide Briefe seien von Hrn. Kohde unserem braven Vereinsgenossen, geschrieben. Während der zweite Brief, auf Eruchen des Hrn. Liebknecht überhaupt nur abgefaßt, in sachgemäßer Weise die Forster Angelegenheit schildert, enthält der erste eine Reihe von Verunglimpfungen, des Dr. Hirsch, hämische Angriffe gegen die Gewerksvereine u. und schließt mit den pomphaften Worten: „der Uebergang zu den Internationalen ist im Voraus geföhert.“ Hr. Kohde wird auf diese Weise als Agent Liebknechts und Abtrünniger von den Gewerksvereinen hingestellt; — aus dem Gange erhellt man, daß eine solche Zusammenstellung die offene Absicht bezeugt, durch den Hinweis auf einen so anerkannten Namen die mit der Sache weniger vertrauten Arbeiter zum Abfall zu bewegen. Hr. Kohde hat natürlich sofort Berichtigung eines derartigen Mißbrauchs seines Namens gefordert, — aber die „Ehrlichen“ haben nicht sowohl Ehrgefühl, — eine ebenso gerechte, wie billige Forderung zu erfüllen. — Mit solchen Waffen

suchen die „Ehrlichen“ die Arbeiter zu betören! Möge Jeder selbst sein Urtheil fällen! —

Kein Zweifel es wird den Social-Demokraten in Forst ergeben, wie in Plauen, wo sie eine gänzliche Niederlage erlitten haben. Nach Ritter Bebel's „glänzendem Siege“ über Dr. Hirsch erschien sein Knappe Motteller aus Grimmitzschau, um die verhassten Ortsvereine vollends zu vernichten. Aber es kam anders, der Raufsch war in der That verlossen, und Hr. Motteller mußte kläglich abziehen, ohne auch nur das kleinste „internationale“ Verzeihen gekriegt zu haben. Der Vorkämpfer unseres Distrikts der Arbeiter, Hr. Héra, der nach Bebel's Bericht im „Volksstaat“ durch ihn „aus einem Saulus ein Paulus geworden war“ schreibt uns wörtlich wie folgt: „Auch bitte ich Sie wie die Nr. des Volksstaates zu übersenden, in welcher ich von Bebel angegriffen worden. Der gute Herr kann sich nicht daran gewöhnen, daß er nachdem er schon den Sieg in die Welt ausposaunt, eine Niederlage in Plauen erdulden mußte. Angriffe können nicht ausbleiben, doch mag er nur kommen ich bin bereit dem Herrn zu antworten.“

Folgendes Schreiben ist uns aus Forst unterm 18. Mai zugegangen, das wir im Interesse der Sache mittheilen: „Bezüglich auf den Aufsatz: „Ein ernstes Wort über Arbeitsinsetlungen von Konstantin Mann, in Zeitg.“ fühle auch ich mich gedrungen einmal ein Wort über Arbeitsinsetlungen zu bringen und bitte, für dasselbe ein Plätzchen im Verbandsorgane einzuräumen.

Wenngleich auch viele meiner Collegen mit mir um dem geübten Verfasser jenes Aufsatzes aussetzen: „weg mit den Arbeitsinsetlungen“, so bleibt es doch auch Verhältnisse, unter denen dieser Aufsatz, so gut er auch gemeint sein mag, seine Berücksichtigung finden kann. Als z. B. in Forst die ersten Fragen wegen Lohnerhöhung laut wurden, welche eigentlich nur an ein Verprechen erinnerten, das zu lösen eine Ehrenschuld der Fabrikanten gewesen wäre, lag in ihnen schon das Vorurtheil tief begründet, daß der Gewerksverein nur Arbeitsinsetlungen beabsichtige, und, diesem Uebel zu begegnen, müsse man verfahren denselben zu splittern. Um nun einen Schein der Wahrheit für sich zu haben, benutzten die Fabrikanten eben diesen Fehler von Seiten des Vereins, um für sich Capital darauf zu schlagen, und mit demselben den Beweis zu liefern, daß der Gewerksverein die Interessen der Arbeiter nicht fördere, weshalb man denselben zerstückeln müsse. Die Forderungen der Arbeiter, deren Wichtigkeit am besten damit festgestellt war, daß sie bis auf einzelne hartnäckige von allen Arbeitgebern gewöhrt wurden, mußten doch schließlich den Fabrikanten zum Vornahme dienen, die Arbeiter wurden auf Grund ihres Verdes ihre Forderungen erneuern und so sei es besser diesem Gebahren Einhalt zu thun.

In den Mitteln nun zur Erreichung ihres Zwecks waren die Herren nun nicht gerade sehr wüthig; sie griffen zu den bekannten Strickzettel, die den Arbeitern nun die Wahl ihrer Arbeitgeber unmöglich machten, weil diese gegen die Arbeiter so gut wie verschwunden hatten. Keinen der betreffenden Arbeiter, der auf solchem Zettel mit Namen stand, in Arbeit zu nehmen.

Das mußte natürlich jeden ehrlich denkenden Arbeiter empören, und es wurde der Beschluß gefaßt, die Fabrikanten zu erfuchen, ihren Beschluß zurückzuziehen, widrigenfalls wir die Arbeit einstellen würden. Der Fabrikantenverein sagte hingegen einen weitergehenden Beschluß: Alle, die beim Gewerksverein sind, von der Arbeit auszuschließen. Dieser Beschluß ist von ihnen auch treu gehalten worden, und wer da weiter, nicht durch Unterschrift des Revocirten, der wohl bekannt ist, sich nicht vom Verein lossagen wollte, wurde nicht in Arbeit genommen.

Nun ist zu bemerken, daß der Strike nach den Vergängen hier nicht von den Arbeitern, sondern von den Arbeitgebern gemacht worden ist. Wenn daher die Arbeiter, wo es gilt ein Recht zu erhalten, welches doch Alle gemeinschaftlich berührt und ihnen von den Arbeitgebern unvorsich gemacht werden soll, nicht solidarisch für einander einstehen wollen, dann sind sie des Rechts, auf Grund dessen ihre Verbindung beruht, noch nicht werth; die Regierung wird dann den Arbeitern erst nicht zu sagen brauchen, daß sie von der Coalitionsfreiheit keinen vernünftigen Gebrauch zu machen wissen, sie müsse es ihnen als verberbliches, gefährliches Spielzeug wieder wegnehen; die Arbeiter setzen da schon ganz von selbst, daß sie der Coalitionsfreiheit nicht werth sind, indem sie es zulassen, daß ihre Brüder, welche gerade um der Coalitionsfreiheit sich in den größten Entbehungen aussetzen, den Gehalts der Fabrikanten unterlegen müssen, was sie durch einigermaßen Theilnahme verstanden konnten.

A. Kohde im Auftrag des Vereins.

Seit diesem Schreiben hat sich, wie wir in voriger Nummer mitgetheilt, die Lage der Dinge in Forst ganz wesentlich gebessert. Wir bemerken daher nur, daß gewiß nicht Mangel an Theilnahme, sondern die Erziehung aller

Kräfte durch die kolossalen Opfer für den Waldenburger

**Zweite Interpellation in Sachen der Zwangs-Klassen.**

Da die vorbezeichneten hochwichtigen Gesetze über

M. H.! Trop der Wichtigkeit des Gegenstandes, für

M. H., auch das, wenigstens in nahe Aussicht gestellte

etwas hierauf Bezügliches ist eben der Gegenstand

Auch die Beitreibungen der direkten persönlichen

M. H. Die Kranken- und sonstigen Unterstützungsklassen

Präsident des Bundeskanzler Amts Delbrück: (Nach

Insuffizienz über die Interpellation zu eröffnen; die dazu

**Gewerkevereins-Oheil.**

**Aus Berlin.**

§ In der am 14. Mai abgehaltenen Versammlung

§ Am Montag den 22. ds. fand in Engelhardt's Salon

§ In der am 14. Mai abgehaltenen Orts-Versammlung

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Sattler

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Schneider

sein Amt nieder. Er dankte für das bisher geschenkte

§ In der am 23. ds. abgehaltenen Versammlung des

**H. D. H. H.,**

§ In der am Sonnabend Abend abgehaltenen Versam-

§ In Ortsverein der Zimmerleute wurde an Stelle

**Aus Mittelfrankens,** den 17. Mai schreibt man uns:

Es ist den Sozialdemokraten Behel-Volkrechtlicher habe

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Arbeiter

§ Chemnitz. Der Andere eine Grube grabt, fällt

